

Pressemitteilungen vom 11.05.2007:

Lindner: Laschet sollte Position zum KiTa-Rechtsanspruch überdenken

Die FDP hat die ablehnende Position von NRW-Generationsminister Armin Laschet zum Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz kritisiert. "Das in Berlin diskutierte Datum 2013 ist gewiss ein Formelkompromiss, der den Familien heute nicht hilft. Nordrhein-Westfalen ist aber nicht gehindert, unabhängig vom Bund einen eigenen Schwerpunkt bei der Betreuung unter Dreijähriger zu setzen. Diese Option darf Armin Laschet nicht verfrüht ausschließen", betonte Fraktionsvize Christian Lindner.

Die FDP werde diese Frage im Zuge der Beratungen des neuen NRW-Kinderbildungsgesetzes in den kommenden Monaten aktiv thematisieren. "Die schwarz-gelbe Koalition sollte Nägel mit Köpfen machen und den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz baldmöglichst zumindest um ein Jahr vom dritten auf den zweiten Geburtstag vorziehen. Nur so könnten Eltern versichert werden, dass wirklich ein Betreuungsangebot für ihre Kinder zur Verfügung steht", forderte der FDP-Familienexperte. Mit dieser Platzgarantie ab zwei könne NRW auf der Basis einer bescheidenen Hinterlassenschaft von Rot-Grün in der Kinderbetreuung zum kinderfreundlichsten Bundesland avancieren.

Lindner erläuterte, dass sich der Platzbedarf nicht gleichmäßig auf die Altersgruppen verteile. "Für Kinder bis zum ersten Geburtstag werden nur wenige Plätze geschaffen werden müssen. Hier werden stundenweise und familiennahe Angebote benötigt." Mit dem Auslaufen des Elterngeldes im vierzehnten Lebensmonat und spätestens ab dem zweiten Geburtstag steige der Bedarf aber steil an. Deshalb habe die schwarz-gelbe Koalition ohnehin geplant, bis zum Ende des Jahrzehnts für 40 Prozent der Zweijährigen in den Einrichtungen Plätze zu schaffen. Zudem werde die Einschulung schrittweise vorgezogen, wodurch Kapazitäten in den KiTa frei würden. Mit den avisierten Bundesmitteln sei nun in dieser Altersgruppe der Schritt zum Rechtsanspruch zu schaffen. Damit sei allerdings nicht verbunden, dass jeder Zweijährige eine Einrichtung besuchen müsse. Die FDP gehe von einer Besuchsquote von 60 bis 70 Prozent aus.

Der FDP-Politiker kritisierte scharf die "Sandkastenspiele" der Großen Koalition zur Finanzierung des Krippenausbaus. "Nach der monatelangen Show der Bundesfamilienministerin von der Leyen brauchen wir jetzt keine Fortsetzung des familienpolitischen Theaters bei der Finanzierung. Eine Veränderung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern ist die klarste Lösung und Verschiebeparkhäuser wie Stiftungsmodellen allemal vorzuziehen", sagte Lindner. Dabei müsse darauf geachtet werden, dass der regional in West und Ost unterschiedliche Ausbaubedarf berücksichtigt werde.